

Begründung

zum Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften

„Bahnhofstraße / Einmündung Schorndorfer Straße“

1. Lage des Plangebiets

Das Plangebiet liegt in der Ortsmitte von Winterbach, hinter der Michaelskirche in Richtung Bahnhof.

2. Anlass, Ziel und Zweck der Planung

Durch den Bau der Parktiefgarage auf Grundstück Bahnhofplatz 1 und der damit geplanten Erhöhung der Anzahl der Stellplätze von bisher 60 auf 129 Stellplätze ist mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen in der Bahnhofstraße Einmündung Schorndorfer Straße zu rechnen. Um einen flüssigen Verkehrsfluss und ein problemloses An- und Abfahren ins und vom Parkhaus zu gewährleisten sind Ausbauarbeiten in der Bahnhofstraße Einmündung Schorndorfer Straße wünschenswert.

Der Bebauungsplanentwurf sieht vor, dass die an der Westseite der Bahnhofstraße angelegten Parkplätze in Richtung Westen verlegt werden, damit die Fahrbahn entsprechend verschwenkt und aufgeweitet werden kann. Dies führt dann zu einer Reduzierung von sieben auf fünf Stellplätze. Die Reduzierung der Stellplätze ist aber vertretbar, da ja künftig auf dem Grundstück der Parktiefgarage 129 Stellplätze angelegt werden. Für die Besucher der umliegenden Wohn- und Geschäftsgebäude ist es zumutbar diese 60m weiter zu fahren um dann dort zu parken.

An der Ostseite der Bahnhofstraße im Einmündungsbereich in die Schorndorfer Straße ist zudem eine Rücknahme des dortigen Baufensters auf dem Grundstück Schorndorfer Str. 2 (Flst.Nr.372) um 1m geplant. Durch die Aufweitung im Einmündungsbereich werden dann künftig drei Fahrspuren mit einer Gesamtbreite von 8m geschaffen.

Die Abfahrt in die Schorndorfer Straße würde aufgrund der Aufweitung zweispurig, mit einer Linksabbiegespur und einer Rechtsabbiegespur, erfolgen. Des weiteren ist eine überfahrbare Fußgängerinsel vorgesehen. Diese soll zum einen der Orientierung der Autofahrer dienen und die Einordnung in die Links bzw. Rechtsabbiegerspur erleichtern, zum anderen soll sie Fußgängern, welche die drei Fahrbahnen überqueren wollen, zur Sicherheit und als Zwischenstation dienen.

Ein weiterer günstiger Nebeneffekt der Aufweitung des Einmündungsbereiches ist die Schaffung eines kleinen Platzes vor den Geschäften, was eine städtebauliche Aufwertung der dortigen Fläche bedeutet.

3. Einordnung der Planung in Ziele der Raumordnung und Landesplanung, § 1 (4) BauGB

Die Gemeinde Winterbach (7.801 EW) gehört zum Rems-Murr-Kreis, Verband Region Stuttgart, Regierungsbezirk Stuttgart. Nach dem Landesentwicklungsplan liegt die Gemeinde in der Entwicklungsachse Stuttgart/Schorndorf. Sie gehört als unmittelbare Nachbargemeinde der Großen Kreisstadt Schorndorf zum Mittelbereich Schorndorf.

4. Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan, § 8 (2) - (4) BauGB

Der gesamte Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegt in einem Bereich des derzeit gültigen Flächennutzungsplans 2000 der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schorndorf-Winterbach, genehmigt mit Erlass vom 21.07.1989, welcher eine gemischte Baufläche darstellt. Damit weichen die vorgesehenen Festsetzungen nicht von den Darstellungen des Flächennutzungsplanes ab. Eine Genehmigung des Bebauungsplanes vom Landratsamt Rems-Murr-Kreis ist daher nicht erforderlich.

5. Bauliche oder sonstige Nutzung

Ausgewiesen wird eine öffentliche Verkehrsfläche. Es wird hierzu auf die Festsetzungen im zeichnerischen Teil und im Textteil des Bebauungsplanes verwiesen. Zudem wird die Anlegung von 5 Stellplätzen westlich der Bahnhofstraße ermöglicht.

6. Natur- und Landschaftsschutz, sparsamer Umgang mit Grund und Boden

Die geplante Baumaßnahme wird das Landschaftsbild und den Naturhaushalt nicht wesentlich verändern, da es sich um den Ausbau einer bestehenden Straße handelt.

Die neu beanspruchten Flächen sind bereits durch Stellplätze und geschotterte Parkplätze versiegelt, durch die Planung ist somit kein nennenswerter Eingriff in die Natur zu erwarten. Es ist sogar davon auszugehen, dass durch die Schaffung des kleinen Platzes westlich der Bahnhofstraße mit Anlegung größerer Grünflächen mehr Flächen entsiegelt als versiegelt werden.

Auf eine Eingriffs- / Ausgleichsbewertung kann daher verzichtet werden.

7. Umweltverträglichkeitsprüfung bzw. Umweltbericht

Nach § 2a BauGB ist bei Bebauungsplänen für Vorhaben, für die nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist, ein Umweltbericht in die Begründung mit aufzunehmen, der gewisse Mindestinhalte haben muss.

Laut Anlage zum Landesgesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen, beim Bau einer Straße nach § 3 Straßengesetz, für die auf Antrag des Trägers der Straßenbaulast ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt wird, falls erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt zu besorgen sind.

Die Aufweitung der Bahnhofstraße soll auf Grundlage eines Bebauungsplanes erstellt werden. Ein Planfeststellungsverfahren wird von der Gemeinde als Straßenbaulastträger nicht eingeleitet. Erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt sind nicht zu befürchten, da keine unversiegelten Flächen beansprucht werden.

8. Bodenordnung und Kostenschätzung

Eine Grundstücksneuordnung im Zuge einer Bodenordnung ist nicht notwendig, da sich die betroffenen Grundstücke im Eigentum der Gemeinde befinden.

Winterbach, den 22. März 2004



Blessing
Bürgermeisteramt Winterbach